

Joachim Hirsch

## **Von Imperien und Imperialismen**

„Imperialismus“ wird sowohl als Schlagwort in der politischen Auseinandersetzung als auch theoretischer Begriff gebraucht, was bei seiner Verwendung hin und wieder einige Probleme schafft. In neuerer Zeit bezeichnet man damit allgemein gesprochen internationale Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse, die im Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise entstehen und die mittels staatlicher Gewalt durchgesetzt und stabilisiert werden. „Imperien“ hat es in der Geschichte mehrere gegeben. Ihre gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Grundlagen sind jedoch zu unterschiedlich, um sie mit einem Begriff beschreiben zu können. Wichtig ist auch, dass imperialistische Verhältnisse keinesfalls notwendig zur Bildung von Imperien führen. Internationale Anarchie kann ebenso ihre Folge sein. Eine historische Tatsache ist, dass schon die Entstehung des Kapitalismus auf solchen Gewaltverhältnissen beruhte und dass der Kolonialismus zu seinen Geburtshelfern zählt. Umstritten ist allerdings, ob und auf welche Weise dies heute noch gilt und ob man überhaupt mit einem allgemeinen Imperialismusbegriff operieren kann.

Es ist üblich, für die Zeit vor und zwischen den beiden Weltkriegen von der Ära des Imperialismus zu sprechen, und nach dem zweiten Weltkrieg spielten antiimperialistische Befreiungskämpfe eine wichtige Rolle. Nach der Wende von 1989 war der Begriff indessen weitgehend aus dem politischen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch verschwunden. Bezeichnungen wie Weltzivilgesellschaft und Staatengemeinschaft erlebten eine beachtliche Konjunktur. Inzwischen hat sich dies wieder etwas geändert, wie auch das Thema dieser Tagung zeigt. Hintergrund dafür sind die Zunahme von Militärinterventionen und Kriegen und nicht zuletzt die im Zusammenhang des zweiten Irakkriegs wieder aufgebrochenen Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Staaten, aber auch die sich immer weiter vergrößernden internationalen Ungleichheiten, für die die dominierenden kapitalistischen Staaten und die von ihnen kontrollierten internationalen Organisationen verantwortlich gemacht werden. Die Kontroverse lässt sich am Begriff der „Global Governance“ verdeutlichen, der viele politische und wissenschaftliche Debatten prägt. Er beruht auf der Annahme, mittels einer friedlichen Kooperation demokratischer Staaten und unter Mitwirkung der Akteure einer demokratischen Weltzivilgesellschaft könnten die internationalen Verhältnisse in einer friedlichen und humanen Weise gestaltet werden. Hält man dies für möglich, muss man unterstellen, dass imperialistische Gewaltverhältnisse nicht vorhanden oder zumindest von geringer Bedeutung sind.

Wenn man diese Kontroverse beurteilen will, besteht eine Schwierigkeit darin, dass es bis heute keine zufrieden stellende Imperialismustheorie gibt. Im ersten Teil meines Beitrags will ich daher versuchen, wenigstens einige wichtige Elemente einer solchen Theorie zu skizzieren. Meine These ist, dass imperialistische Strukturen für den globalen Kapitalismus nach wie vor grundlegend sind, dass sie aber in sehr unterschiedlichen Formen zum Ausdruck kommen. Diese sind wesentlich von den herrschenden innergesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnissen abhängig. Danach werde ich kurz die historische Entwicklung des imperialistischen Verhältnisses seit dem 19. Jahrhundert verfolgen, um abschließend seine gegenwärtige Struktur und die darin enthaltenen Widersprüche anzusprechen.

## **Theorie**

Um Imperialismus verstehen zu können, muss grundsätzlich zweierlei in Betracht gezogen werden: die *ökonomische Dynamik* des Kapitalismus und seine *politische Form*.

### Ökonomische Dynamik

Dem Kapital ist grundsätzlich eine expansive Tendenz eigen. Das Kapitalverhältnis kann nur bestehen, indem es sich fortwährend ausdehnt und sich immer neue gesellschaftliche Sphären unterwirft. Die etwas komplizierte Begründung für diese Annahme kann ich hier nicht entwickeln. Der Expansionsprozess des Kapitals verläuft allerdings nicht kontinuierlich und bruchlos, sondern besitzt einen krisenhaften Charakter. Eine bloß quantitative Ausdehnung des Kapitalverhältnisses führt nämlich tendenziell zu einer Senkung des Profits und trägt damit die Gefahr einer Krise in sich. D.h. Kapital kann nicht mehr profitabel investiert werden und der ökonomische Kreislauf kommt ins Stocken. Deshalb müssen die technischen und gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus fortwährend umgewälzt werden. Dies jedoch ist ein gesellschaftlich umkämpfter Prozess mit offenem Ausgang.

Grundsätzlich kann das Kapital auf zweierlei Art expandieren:

1. *Innere Expansion*. Diese beruht auf der technischen Umwälzung der Produktionsprozesse, also Rationalisierung i.w.S. oder auf der Unterwerfung nicht kapitalistischer Produktionsbereiche – z.B. landwirtschaftliche oder häusliche Produktion – unter den Kapitalwertungsprozess. Begriffe dafür sind „Kommodifizierung“ (d.h. in Warenform bringen) oder „innere Landnahme“. Innere Expansion ist nicht immer möglich, sondern setzt bestimmte soziale Kräfteverhältnisse voraus. Man kann dies am Beispiel des „Fordismus“, des Kapitalismus in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg verdeutlichen. Dieser war durch den Übergang zur tayloristischen Massenproduktion von Konsumgütern, Massenkonsum, einen auf Vollbeschäftigung zielenden Staatsinterventionismus und den Ausbau des Sozialstaates gekennzeichnet. Der Konsum der Lohnabhängigen wurde so zu einer Anlagesphäre für das Kapital, z.B. in Form von Haushaltsgeräten oder industriell hergestellter Nahrungsmittel. Dies schuf einen vergrößerten inneren Markt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus schienen der Profit des Kapitals und wachsender Massenwohlstand vereinbar zu sein – wenigstens im kapitalistischen Zentrum der Welt. Im Rückblick erscheint dies als ein goldenes Zeitalter. Aber es war von relativ kurzer Dauer und fand sein Ende in der Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre. Dies zeigt, dass die Tendenz zur äußeren Expansion grundsätzlich wirksam bleibt und mit der Krise des Fordismus trat sie wieder in den Vordergrund.

2. *Äußere Expansion* geschieht im Wesentlichen durch Kapitalexport, die Erschließung billiger Arbeitskräftereservoirs oder kostengünstiger Rohstoffquellen außerhalb der einzelstaatlichen Grenzen. In der Regel setzt sie den Einsatz militärischer Gewaltmittel voraus. Äußere Expansion kann sich nicht zuletzt auch darauf richten, neue Märkte zu erschließen, was wiederum innere Rationalisierungsprozesse begünstigt.

Äußere Expansion kann *formell* oder *informell* erfolgen. *Formelle* Expansion beruht auf der direkten Unterwerfung und Kontrolle von Territorien (Kolonialismus). *Informelle* liegt dann vor, wenn Regierungen abhängiger Staaten dazu gezwungen werden, der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegen zu setzen (offene Kapital- und Warenmärkte, Garantie des Privateigentums, Schaffung der notwendigen Infrastruktur für das Kapital usw.). Hier verbindet sich also die freie Beweglichkeit des Kapitals mit der Existenz formell unabhängiger Staaten. Auch dabei ist die Verfügung über militärische Gewaltmittel grundlegend, die aber nicht zu territorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt wird, die betreffenden Staaten zu einer geeigneten Politik zu veranlassen.

Oft wird unter Imperialismus nur die formelle äußere Expansion verstanden. Dies greift indessen zu kurz. Welche Form der Kapitalexpansion dominiert, hängt ganz entscheidend von den innerstaatlichen und internationalen Kräfteverhältnissen ab.

### Politische Form

Imperialismus lässt sich nur verstehen, wenn die besondere Form des kapitalistischen Staates und des Staatensystems in Betracht gezogen wird. Auch hier muss ich wieder darauf verzichten, nähere Ausführungen zur Staatstheorie zu machen. Kennzeichnend für die kapitalistische Gesellschaft ist die Trennung von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft. Dies bedeutet, dass der Staat eine „relative Autonomie“ besitzt und in der Regel nicht als unmittelbares Instrument des Kapitals fungiert. Zur kapitalistischen politischen Form gehört auch die Pluralität des Staatensystems, also die Existenz einer Vielzahl von Staaten. Daraus ergeben sich zwei wichtige Folgerungen:

1. Die Existenz eines Systems von Einzelstaaten ist eine wesentliche Grundlage für eine raum-zeitlich ungleiche Entwicklung des Kapitalismus. Das Kapital operiert nicht in einem homogenen ökonomisch-sozialen Raum, sondern trifft auf politisch unterschiedlich organisierte ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, diese Räume in einer profitablen Weise zu kombinieren, etwa durch die Schaffung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten.
2. Staaten sind prinzipiell gezwungen, zwecks Aufrechterhaltung der ökonomischen Stabilität im Interesse des Kapitals zu handeln, das innerhalb ihrer Grenzen investiert. Man nennt dies heute auch Standortkonkurrenz. Da das Kapital grundsätzlich grenzüberschreitend operiert, ergibt sich ein Widerspruch zwischen der Bewegung des Kapitals und der einzelstaatlichen politischen Organisationsform. Auf dem Feld der internationalen Konkurrenz können Staaten als Vertreter der Interessen „ihres“ Kapitals auftreten, sind aber zugleich mit dessen tendenziell grenzüberschreitender Beweglichkeit konfrontiert. Auch dieses Verhältnis nimmt in der historischen Entwicklung des Kapitalismus unterschiedliche Formen an. Soweit einige der wichtigsten theoretischen Grundzüge.

### **Historische Phasen der imperialistischen Entwicklung**

Betrachten wir nun kurz die historische Entwicklung. In der Geschichte des Kapitalismus wechseln sich Phasen äußerer und innerer, formeller und informeller Expansion ab. Das von Großbritannien beherrschte Freihandelssystem zerbrach im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an der Konkurrenz der neu aufkommenden Mächte Deutschland, USA und Japan. Dies leitete den Übergang zu Staatsinterventionismus und Handelsprotektionismus ein. Die Möglichkeiten zu einer inneren Expansion des Kapitals waren durch die fehlende Massenkaukraft und damit den Mangel an inneren Anlagespielräumen für das Kapital beschränkt. Der daraus resultierende Drang zu äußerer Expansion führte zu wachsenden Konflikten zwischen den kapitalistischen Mächten. Dies führte zum ersten Weltkrieg, auf den eine längere Phase imperialistischer Auseinandersetzungen und Kriege folgte. Diese gingen vor allem auf die Versuche Deutschlands und Japans zu einer kolonialen Expansion zurück. Im zweiten Weltkrieg lösten die USA Großbritannien als beherrschende Macht ab und zugleich entstand mit der russischen Revolution der Ost-West-Systemkonflikt. Dieser setzte kolonialen Bestrebungen klare Grenzen. Zugleich entstand dadurch der Zwang, den Lohnabhängigen gewisse materielle Zugeständnisse zu machen. Dies ist der Hintergrund für die Entstehung des Fordismus. Die inneren Märkte dehnten sich aus und die innere Expansionsweise des Kapitals wurde dadurch dominierend. Die USA unterstützten den

Entkolonialisierungsprozess, förderten die Entwicklung formell unabhängiger Staaten und etablierten nach dem zweiten Weltkrieg in ihrem Machtbereich erneut einen informellen Imperialismus. Die Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion fand ihr Pendant im Bestreben einer ökonomischen und kulturellen Öffnung der „freien Welt“ für den kapitalistischen Markt. Dies ging nicht ohne Gewalt ab, wie die Vielzahl von Militärinterventionen und von außen unterstützten Staatsstreich in dieser Zeit zeigt. Mit dem Vietnamkrieg versuchten die USA, nach der Verdrängung der Kolonialmacht Frankreich Südostasien unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ihre militärische Niederlage war eine wesentliche Ursache für den Niedergang ihrer internationalen Dominanzposition und dies verstärkte zugleich die Krise des Fordismus.

Hintergrund dieser Mitte der siebziger Jahre ausgebrochenen Krise des fordistischen Kapitalismus ist, dass sich einerseits die sozialpolitischen Errungenschaften der fordistischen Periode sich zunehmend als Hindernis für die Kapitalverwertung erwiesen und dass andererseits die ökonomische Dominanz der USA durch neu aufkommende Konkurrenten, wiederum vor allem Deutschland und Japan, in Frage gestellt wurde. Die Folge war der Zusammenbruch des als Bretton-Woods-System bekannten internationalen ökonomischen Regelwerks. Dieses hatte feste Wechselkurse und Kapitalverkehrskontrollen beinhaltet, die dafür sorgten, dass die internationale Beweglichkeit des Kapitals beschränkt blieb und so etwas wie eine relativ unabhängige nationale Wirtschaftspolitik möglich war. Im Gefolge der Krise schlugen die USA eine neue Strategie ein, um ihre Dominanzposition wieder zu festigen. Sie bestand in der Politik einer umfassenden Deregulierung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte, die nach und nach von den Staaten des kapitalistischen Zentrums übernommen wurde. Damit setzten sich die einzelnen Staaten einem verschärften Konkurrenzdruck aus und verzichteten auf wesentliche wirtschafts- und sozialpolitische Interventionsmöglichkeiten. Die sozialdemokratisch – wohlfahrtsstaatliche Ära ging zu Ende. In der Folge kam es zu einer starken Rationalisierungswelle und zu einer drastischen Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals. Weil die einzelnen Volkswirtschaften stärker den Zwängen des Weltmarkts ausgesetzt werden, laufen demokratische Entscheidungsprozesse auf einzelstaatlicher Ebene zunehmend ins Leere. Dieser Prozess, den man als Globalisierung bezeichnet, kann somit als ein strategischer Angriff auf die demokratischen und sozialpolitischen Errungenschaften betrachtet werden, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erkämpft worden waren. Den USA ist es damit gelungen, ihr informelles Empire auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der eng mit der Krise des Fordismus zusammen hängt hat diesen Erfolg komplettiert.

### **Die gegenwärtige imperialistische Struktur**

Aus der Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre ist also erneut ein von den USA dominierter informeller Imperialismus hervorgegangen. Gleichwohl unterscheidet dieser sich wesentlichen Punkten von früheren Phasen des Kapitalismus. Entscheidend dafür ist die Internationalisierung des Kapitals. Diese hat durch eine intensive Verflechtung von Direktinvestitionen insbesondere zwischen den kapitalistischen Zentren, grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse und die Ausbreitung internationaler Unternehmensnetzwerke eine neue Dimension erreicht. Die neoliberale Deregulierungspolitik hat diese Internationalisierung stark vorangetrieben. Ihr entspricht eine Internationalisierung des Staates, die zwei Dimensionen hat:

(1) eine verstärkte Orientierung der Staaten am Kapitalverwertungsprozess auf Weltmarktebene, die dazu führt, dass die Schaffung optimaler Standortbedingungen oberste politische Priorität bekommen hat, und

(2) die wachsende Bedeutung internationaler ökonomischer Regulierungsinstanzen wie WTO, Weltbank und IWF, die den Spielräumen der Staaten einige Grenzen setzen und in gewisser Weise die Züge eines internationalen Staates aufweisen, der allerdings im wesentlichen im Interesse des Kapitals fungiert. Auf der internationalen Ebene fehlen institutionalisierte demokratische Kontrollen. Man spricht in diesem Zusammenhang deshalb auch von einem „neoliberalen Konstitutionalismus“. Schließlich ist zumindest in Ansätzen eine international orientierte und global vernetzte Managerklasse entstanden. Das Kapital, d.h. insbesondere die international operierenden Unternehmen stehen damit den einzelnen Staaten erheblich unabhängiger gegenüber, was bedeutet das sich nur noch mit Einschränkungen von „nationalen“ Kapitalen sprechen lässt.

Der neue Imperialismus ist dadurch gekennzeichnet, dass relativ autonome Zentren der Staatsmacht unter Führung der USA in ein übergreifendes politisch-ökonomisches Regulierungssystem eingegliedert worden sind. Dies ist, verbunden mit der absoluten militärischen Dominanz der USA, ein Grund dafür, dass die zwischenstaatlichen Rivalitäten innerhalb des kapitalistischen Zentrums abgenommen haben und militärische Konflikte zwischen den dominierenden Staaten unwahrscheinlicher geworden sind. Die auf den ersten Blick plausibel erscheinende Bezeichnung „US-Imperialismus“ muss allerdings angesichts der Internationalisierung von Staat und Kapital relativiert werden. Es wird zunehmende problematischer, überhaupt noch von einem „nationalen“ und damit auch von einem US-amerikanischen Kapital zu sprechen. Genau genommen fungieren die USA in gewisser Weise als globaler Staat des internationalisierten Kapitals und vertreten dessen Interessen. Sie verkörpern, wenn auch in prekärer und immer noch konflikthafter Weise das „Gewaltmonopol“, welches das Kapital zu seiner Reproduktion benötigt. Dies wird nicht zuletzt an der zentralen Rolle deutlich, die die USA bei der oft gewaltsamen Durchsetzung freier Märkte und Investitionsgebiete sowie bei der Sicherung strategischer Rohstoffe spielen.

Allerdings haben dadurch die einzelnen Staaten keinesfalls an Bedeutung eingebüßt, wie dies oft behauptet wird. Immer noch spielen sie eine zentrale Rolle bei der Organisation der Klassenbeziehungen und bei der Gewährleistung eines gewissen sozialen Zusammenhalts. Die einzelstaatliche politische Organisationsweise des Kapitalismus bleibt auch die Grundlage internationaler Ungleichheiten, die das Kapital für seine Verwertung benötigt. Die Rivalität zwischen den Staaten des Zentrums wird durch die Internationalisierung zwar eingedämmt, bleibt aber bestehen. Immer noch sind die internationalen Unternehmen auf die Organisations-, Legitimations- und Gewaltpotentiale der einzelnen Staaten angewiesen. Dies bedeutet, dass die kapitalistische Konkurrenz nach wie vor – wenn auch in veränderten Formen – im Staatensystem zum Ausdruck kommt. Einzelne Staaten können als Interessenvertreter von Kapitalgruppen fungieren, die für sie ökonomisch wichtig sind. Und nach wie vor drücken sich in den verschiedenen Staaten unterschiedliche Klassen- und Kräfteverhältnisse und damit auch Legitimationsbedingungen aus. Dies alles führt zu immer wieder divergierenden zwischenstaatlichen Politiken, die zu scharfen Konflikten führen können, auch wenn diese – abgesehen von den immer wieder aufbrechenden Kriegen in der Peripherie - nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden.

## **Widersprüche**

Das aus der neoliberalen Umstrukturierung des Kapitalismus hervorgegangene kapitalistische Weltsystem ist durch eine Reihe von Widersprüchen geprägt, von denen ich nur einige kurz nennen will.

1. Besteht weltwirtschaftlich ein strukturelles ökonomisches Ungleichgewicht, das daher rührt, dass durch die Verschiebung der globalen Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen eine strukturelle Nachfrangelücke besteht. Dadurch werden die Investitionsmöglichkeiten im produktiven Sektor begrenzt. Als Folge wandern große Finanzmassen anlagesuchend um den Globus und werden in großem Umfang spekulativ eingesetzt. Dies ist die Grundlage für die so genannte „Finanzialisierung“ des Kapitalismus, die eine eigene ökonomische Dynamik erzeugt. Ob es dauerhaft gelingt, die dadurch permanent erzeugten Finanzkrisen im Zaum zu halten, darf bezweifelt werden. Insgesamt wird der globale Wirtschaftsprozess bislang vor allem durch die öffentliche und private Verschuldung der USA stabilisiert. Doch auch der Wirksamkeit dieses Ventils sind gewisse Grenzen gesetzt. Eine durchaus mögliche neue Weltwirtschaftskrise könnte die zwischenstaatlichen Rivalitäten verstärken, protektionistischen Politiken Auftrieb geben und damit dem bestehenden neoliberalen Weltsystem ein Ende bereiten.

2. Weil, um mit Lenin zu sprechen, die kapitalistische Aufteilung der Welt nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus recht weit gediehen ist, engt sich der Spielraum für die äußere Expansion des Kapitals ein. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten für die innere Expansion, die auf einer Ausweitung des Massenkonsums nach fordistischem Muster beruht, angesichts der bestehenden Einkommensverteilungs- und Kräfteverhältnisse beschränkt. Der derzeit dominierende Ausweg besteht in einem neuen Schub der inneren Landnahme durch die Privatisierung öffentlicher Güter und die Erschließung neuer Investitionsfelder auf der Basis neuer Technologien, wobei die Informations- und Datenverarbeitung sowie die Biotechnologien eine wichtige Rolle spielen. Deren profitable Verwertbarkeit ist allerdings an die Gewährleistung der privaten Rechte am so genannten intellektuellen Eigentum gebunden, also z.B. für Computerprogramme und genetische Informationen. Der Privatisierungsdruck und die Frage der intellektuellen Eigentumsrechte bestimmen daher im stärker die internationalen Regulierungsbemühungen. Dies wiederum verstärkt nicht nur die sozialen, sondern auch die zwischenstaatlichen Konflikte.

3. Die neoliberale Variante des informellen Imperialismus hat zur Voraussetzung, dass es gelingt, auf globaler Ebene „effektive“ und der freien Marktwirtschaft verpflichtete Regierungen einzusetzen bzw. zu stabilisieren („good governance“). Das war ein wesentliches Ziel der Militärinterventionen der kapitalistischen Metropolen auf dem Balkan, in Afghanistan oder im Irak. Nun lassen sich aber, wie die Erfahrung zeigt, derart „effektive“ Staaten nicht schaffen, wenn die ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür fehlen und durch die Kriege sogar weiter zerstört werden. Vielmehr kann dies auf längere Sicht zu einer Vervielfältigung der Konfliktherde und zu anarchischen Zuständen führen. Möglich ist daher auch die Wiederbelebung formeller imperialistischer Strukturen durch die Errichtung faktischer Kolonien oder die Einsetzung von Kompradoren- (= von außen eingesetzte) Regimes, wie es sich jetzt schon in Afghanistan und im Irak abzeichnet.

4. Mit der neoliberalen Restrukturierung des Kapitalismus hat sich generell der Konflikt zwischen den Regierungspolitik und den Interessen großer Teile der Bevölkerung verschärft. Unter dem Druck der Standortkonkurrenz sehen sich die Regierungen in wachsendem Maße gezwungen, gegen die Interessen von Bevölkerungsmehrheiten zu handeln. Dies geht mit einer fortschreitenden Erosion der liberaldemokratischen Systeme einher. Die dadurch entstandene Krise der Repräsentation hat dazu geführt, dass nationalistische, populistische

und rassistische Strategien der Legitimationsbeschaffung bedeutsamer werden, die wiederum zwischenstaatliche Konflikte anheizen können.

5. Nur mit Einschränkungen kann auch von einer absoluten militärischen Dominanz der USA gesprochen werden. Diese reicht zwar aus, um konventionelle Kriege zumindest gegen schwächere Gegner zu gewinnen, kann aber gegen die so genannten neuen Formen der Kriegsführung - Stichwort Terrorismus - nur wenig ausrichten. Bei einer Ausweitung derartiger Konflikte stößt auch die US-Militärmaschinerie schnell an Grenzen. Die USA bleiben daher, wie auch auf dem Feld der ökonomischen Regulierung, auf eine Kooperation mit den anderen kapitalistischen Mächten angewiesen. Die Internationalisierung des Kapitals schafft dafür einige Voraussetzungen. Zwischenstaatliche Rivalitäten bleiben dennoch wirksam, insbesondere dann wenn Russland und China an ökonomischer und militärischer Stärke gewinnen. Das bestehende Weltsystem ist also insgesamt durch ein komplexes Kooperations- und Konfliktverhältnis im Rahmen einer „ungleichen Interdependenz“ zwischen den kapitalistischen Staaten gekennzeichnet.

6. Bleibt schließlich der Frage der hegemonialen Stabilität des bestehenden Weltsystems. Mit Hegemonie wird ein Herrschaftsverhältnis bezeichnet, das nicht allein auf Gewalt beruht, sondern die Interessen der Untergeordneten partiell berücksichtigt und damit bestandsfähiger wird. Ein Beispiel dafür war die Politik der USA nach dem zweiten Weltkrieg. Eine solche Politik verlangt von der Hegemonialmacht jedoch gewisse Konzessionen. Es ist indessen genau die neoliberale Ökonomisierung der Politik, die die USA und die mit ihnen verbündeten kapitalistischen Mächte dazu tendenziell unfähig macht. Wenn man unter „Imperium“ ein derartiges hegemoniales Herrschaftssystem versteht, dann trägt die heute bestehende Weltordnung genau nicht diesen Charakter. Nicht zuletzt dies ruft in wachsendem Maße politische und soziale Bewegungen hervor, die eine praktische Kritik an den bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnissen üben. Die stärker werdende globalisierungskritische Bewegung ist ein Zeichen dafür. Auf der Höhe der Zeit ist sie deshalb und dann, wenn sie nicht in einen platten Anti-Imperialismus und die damit verbundene Staatsfixierung zurückfällt, sondern sich gegen die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse richtet, die diesen erst hervorbringen.